

## Die Elemente der Strompreisbildung:

1. Preis für die **Stromlieferung** (50–60 %): Er wird heute weitgehend durch die Preisentwicklung an der Strombörse EEX in Leipzig bestimmt. Die Strompreise sind seit Börsenbeginn Mitte 2000 kontinuierlich gestiegen und liegen heute doppelt so hoch.
2. Entgelt für die **Nutzung der Stromnetze** für Transport und Verteilung (15–25 %): Die Netzentgelte werden im Wesentlichen kostenorientiert gebildet. Sie liegen – wie die Benchmarkberichte der EU-Kommission seit Jahren nachweisen – im europäischen Vergleich an der „Spitze“. Allerdings sind die deutschen Stromnetze bis dato besonders zuverlässig und sicher.
3. **Politisch bedingte Belastungen** der Strompreise (10–30 %):
  - **Konzessionsabgaben** erhalten Kommunen für das Einräumen des Rechts, öffentliche Wege für die Stromversorgung von Endverbrauchern zu nutzen. Die Industrie zahlt teilweise keine oder eine verminderte Konzessionsabgabe von 0,11 Cent/kWh.
  - **Ökosteuern** sind im Wesentlichen Klimaschutzpolitisch motivierte Steuern auf Mineralöle, Erdgas und Elektrizität; sie werden an den Bundeshaushalt abgeführt und fließen zum größten Teil als Bundeszuschuss an die Rentenkassen. Das Produzierende Gewerbe zahlt eine verminderte Ökosteuer, die in Abhängigkeit von der Beschäftigtenzahl des Unternehmens variiert.
  - **Kraft-Wärme-Kopplungs-Umlage:** Mit einem Aufschlag auf den Strompreis werden Kraftwerke gefördert, die im gleichen Prozess Wärme und Strom erzeugen und diesen in das öffentliche Netz einspeisen. Die Industrie zahlt eine auf 0,05 Cent/kWh festgelegte Umlage, die für stromintensive Betriebe auf die Hälfte reduziert ist.
  - **Erneuerbare-Energien-Umlage:** Mit einer Umlage auf den Strompreis werden die Förderkosten des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) in der Stromerzeugung finanziert. Ziel des EEG ist es, den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 20 % zu erhöhen. Die Industrie zahlt grundsätzlich die volle Umlage (z. Zt. 0,56 Cent/kWh); über eine Härtefallregelung für stromintensive Unternehmen (die mindestens 10 Millionen kWh verbrauchen und deren Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung 15 % übersteigt) kann die Umlage in wenigen Einzelfällen abgesenkt werden (für 2005 auf 0,11 Cent /kWh).
  - **Emissionshandel:** Die Einführung von handelbaren Zertifikaten für CO<sub>2</sub>-Emissionen verteuert die fossile Stromerzeugung zusätzlich. Nach 5 bis 8 Euro steht der Preis für ein Zertifikat heute bei über 20 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>.

## Die industriellen Forderungen auf einen Blick:

- **Energiepolitik darf kein Risikofaktor für Deutschland sein.** Die Politik muss umsteuern. Energiepolitik ist Standortpolitik.
- Abbau der **politischen Belastungen** auf den Produktionsfaktor Elektrizität. Elektrizität, die als Rohstoff eingesetzt wird, ist von Steuern und Umlagen frei zu halten. Die Finanzierung von Fördermaßnahmen – wie eine auch von der Industrie grundsätzlich für notwendig erachtete verstärkte Nutzung der KWK oder der regenerativen Energien – muss für die Industrie wettbewerbsneutral erfolgen. Mitnahmeeffekte aus dem Handel kostenlos zugeteilter Emissionsberechtigungen sind zu verhindern.
- In einem ersten Schritt muss auch im **EEG** eine allgemeine **Belastungsbegrenzung** nach dem Vorbild des KWK-Gesetzes eingeführt werden. Vorschlag: Wer als produzierendes Gewerbe mehr als 100.000 kWh Strom im Jahr verbraucht, bezahlt eine EEG-Umlage auf den Strompreis von 0,1 Cent /kWh. Für stromintensive Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 10 Millionen kWh/Jahr und einem Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung von mehr als 5 % reduziert sich die Umlage auf 0,05 Cent/kWh.
- Für die **Stromtransport- und Verteilernetze** werden durch das neue Energiewirtschaftsgesetz Anreize für einen effizienten Betrieb der Netze geschaffen. Nur Netzbetreiber mit im europäischen Vergleich konkurrenzfähigen Netzentgelten sollen weiterhin in Deutschland bestehen. Für die marktgerechte Beschaffung von **Regelenergie** ist eine enge, regelzonenübergreifende Zusammenarbeit der Netzbetreiber zu praktizieren, um die Netzstabilität zu den niedrigst möglichen Kosten zu gewährleisten.
- Der **Stromein- und Stromverkauf** über die **Strombörse** ist vereinfacht worden. Prinzipiell kann jedermann nach vergleichbaren Regeln des allgemeinen Aktienhandels an der Börse den Stromeinkauf optimieren, sofern dies nach dem jeweiligen Strombezugsverträgen erlaubt ist. Um **Stromlieferungen** und **Stromhandel** zu erleichtern, sind die Bedingungen für den Stromhandel im Binnenmarkt durch Abbau von Engpassstellen innerhalb der EU, aber auch zu Nicht-EU-Staaten durch Neubau und Erweiterung von Kuppelstellen zu verbessern. Dadurch soll – wie zu Beginn der Liberalisierung – wieder eine größere Zahl von Anbietern auf dem deutschen Strommarkt konkurrieren.

### Mehr dazu:

Bundesverband der Deutschen Industrie  
Abteilung Energiepolitik/Telekommunikationspolitik  
Breite Straße 29 • 10178 Berlin  
Tel.: 030-2028 1542 • Fax: 030-2028 2542  
E-Mail: w.heller@bdi-online.de  
Internet: <http://www.bdi-online.de/>Fachabteilungen>Energiepolitik>



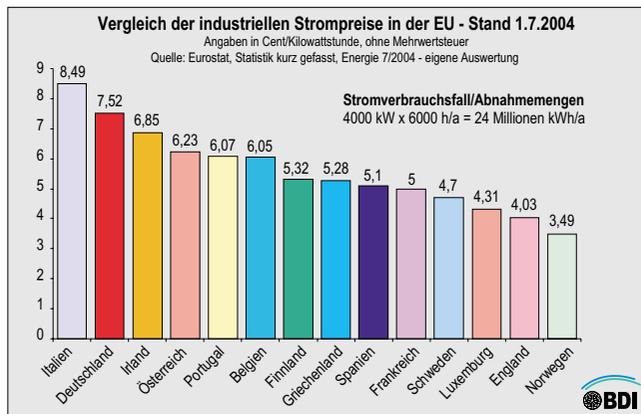
**Wettbewerbsfähige Strompreise  
für die deutsche Industrie**

## Die Industrie braucht international wettbewerbsfähige Strompreise:

- Elektrizität ist für die Industrie eine Schlüsselenergie und ein zentraler Produktionsfaktor.
- Strom treibt die industrielle Modernisierung und Innovationen an.
- Fast die Hälfte der deutschen Stromerzeugung fließt in die industrielle Wertschöpfung.
- Die Stromrechnungen machen zwei Drittel der gesamten industriellen Energiekosten aus.
- In einigen Industrieproduktionen, wie z. B. der Aluminium- oder Chlorherstellung, sind die Stromkosten höher als die Lohnkosten. Bei der Elektrolyse wird Strom als „Rohstoff“ eingesetzt.
- Die stromintensiven Industrien (Chemie, Gießereien, Glas, Nichteisenmetalle, Papier, Stahl, Zement) sind industrielle „Kerne“, die in Deutschland dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.
- Die deutsche Industrie steht im globalen Wettbewerb. Sie kann ihn nur bestehen, wenn sie Strom zu international vergleichbaren Konditionen beziehen kann und keine nationalen Handicaps tragen muss.

## Tatsache aber ist:

- Im europäischen Vergleich müssen deutsche Unternehmen die zweithöchsten Strompreise bezahlen.



- In Frankreich dagegen zahlt das Konkurrenzunternehmen gut ein Drittel weniger, in Norwegen sogar weniger als die Hälfte.
- Außerhalb Europas liegen die Strompreise für Industrieabnahmen teilweise noch niedriger.

## Wie konnte es dazu kommen?

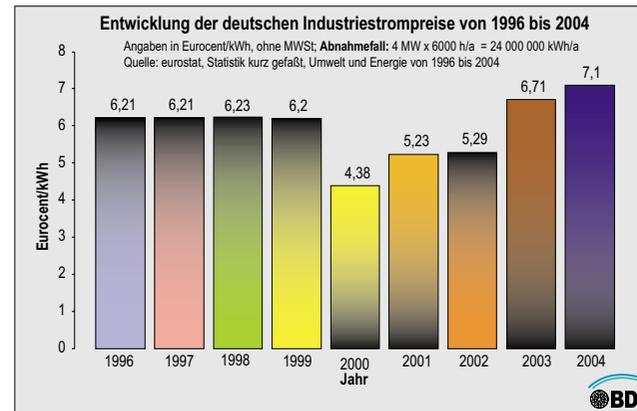
Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes ließ die Strompreise sinken. Im Jahre 2000 lagen die Industriestrompreise rund 35 % unter dem Niveau von vor 1998.

Mit der Regierungsübernahme durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 1998 wurde die **Politik der Verteuerung des Energieverbrauchs** eingeleitet – angeblich im Interesse des Klimaschutzes und der Arbeitsplätze („doppelte Dividende“):

- Einführung der Ökostener (Stromsteuer) und ihren jährlichen und zum Teil sprunghaften Anhebungen.
- Gesetzliche Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-G) und der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung (EEG) durch Umlagen direkt auf den Strompreis.
- Start des Emissionshandels seit 2005; die fossile Erzeugung wird damit verteuert und kann zusätzlich zur Erhöhung der Strompreise führen.
- Die schon lange existierende Konzessionsabgabe ist ein Wegezoll, der vornehmlich von mittelständischen Unternehmen gezahlt wird und den Kommunen zufließt.

## Die Folgen dieser Politik:

- Die Verteuerung des Energieeinsatzes hat netto nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen geführt; die „doppelte Dividende“ entspringt einem Wunschdenken.



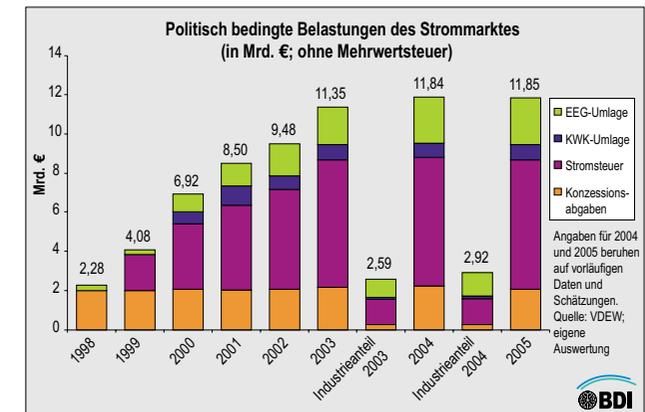
- Die politisch verursachten Belastungen haben die anfänglichen Liberalisierungserfolge mehr als aufgezehrt.
- Die deutschen **Industriestrompreise** sind über ihr altes Niveau hinaus geklettert; sie sind inzwischen höher als vor der Liberalisierung.

## Wer treibt die Strompreise?

Treiber bei den politisch bedingten Belastungen ist eindeutig die **EEG-Umlage**, nachdem auf Drängen der Industrie 2002 die generelle Belastungsbegrenzung bei der KWK-Förderung eingeführt wurde.



- Aber auch die Börsenpreise für Stromlieferungen sind gestiegen. Sie bestimmen das Strompreisniveau, obwohl die gehandelten Mengen nur einen Bruchteil der Gesamtlieferungen ausmachen.
- Unter Rot/Grün sind die politisch bedingten Belastungen des Strommarktes um das **Fünffache** – die Finanzierungslast zur Förderung der erneuerbaren Energien gar um das **Zehnfache** gestiegen.



- Die Industrie trägt rund 2,9 Milliarden Euro der Gesamtlast.
- Es muss befürchtet werden, dass die Gesamtlast aufgrund steigender Förderkosten des EEG und der Auswirkungen des Emissionshandels weiter zunimmt.